

Helmut Bley, *Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente*, 2. erw. Auflage, Offizin Verlag, Hannover 2014, 299 S., kart., 19,80 €.

Fast vierzig Jahre nach der Erstveröffentlichung seiner Studie und Quellenedition über August Bebels „Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913“ entschloss sich Helmut Bley, diese Arbeit noch einmal drucken zu lassen und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Es war sicherlich nicht der Wunsch, auf die Publicity-Maschinerie anlässlich des hundertsten Jahrestages des Kriegsausbruchs 1914 aufzuspringen. Dafür war und ist dieses Buch viel zu sehr für ein Fachpublikum geschrieben – im Gegensatz zu den marktbeherrschenden Studien von Christopher Clark („Die Schlafwandler“) und Herfried Münkler („Der Große Krieg“). Aber gerade diese Werke reizten Helmut Bley zum Widerspruch. Diese Autoren – und zahlreiche weitere – hätten in ihren Darstellungen „weitgehend die innenpolitischen Bedingungen im Vorfeld des Kriegsausbruchs ausgeblendet“ (S. 9). Bleys Kritik trifft sich hier mit der Kritik von Andreas Wirsching, der Clark vorwirft, „nicht in die Tiefe deutscher Strukturbelastungen“ einzudringen.¹ So gesehen ist die Wiederveröffentlichung von Helmut Bleys Arbeit Teil der Debatte über deutsche Erinnerungspolitik und deutsches Geschichtsbewusstsein. Denn obwohl von Christopher Clark – vermutlich – gar nicht beabsichtigt, diente die Rezeption seines Buches eben auch dazu, die deutsche Beteiligung am Kriegsausbruch zu relativieren und die Rolle des deutschen Kaiserreichs in der Perspektive eines gesamt-europäischen kollektiven Versagens zu „normalisieren“. Die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch, die Fritz Fischer 1964 der deutschen Regierung zugeschrieben hatte, wird beiseite gewischt.

In seinem ausführlichen Vorwort macht Bley (über seinen Gewährsmann August Bebel) dagegen auf die „Aggressivität des preußischen Militär- und Junkerstaates“ sowie auf die „Kriegsbereitschaft als Lösung des innenpolitischen Patts“ (S. 11) nach den Reichstagswahlen von 1912 aufmerksam. Nach dem sensationellen Wahlsieg der Sozialdemokratie, der ihr 110 Reichstagsabgeordnete brachte, verfügte die Reichsregierung über keine stabile Mehrheit, um Gesetze durchzubringen. Darüber hinaus habe ein Vorfall wie die Zabern-Affäre dem Militär gezeigt, dass seine Vormachtstellung in Staat und Gesellschaft bedroht sei. In dem elsässischen Ort Zabern hatte ein deutscher Offizier die Elsässer beleidigt; bei anschließenden Protesten verhaftete das Militär willkürlich Demonstranten. Der Vorfall führte zum ersten erfolgreichen Misstrauensvotum gegen einen Reichskanzler des Kaiserreichs (das blieb freilich wegen des politischen Systems ohne Folgen). Überhaupt wollten „Militär, Junker und Exponenten der Schwerindustrie keine weiteren demokratischen Entwicklungen“ hinnehmen. „Für sie wurde der Krieg zu einem innenpolitischen Befreiungsschlag. Die sich dann bietenden Expansionschancen wurden eine willkommene Option [...]. Dies völlig ausgeblendet zu haben[,] ist das eigentlich historiographische Defizit der Bücher von Clark und Münkler“, so Bleys Fazit im aktuellen Vorwort (S. 37f.).

Neben diesen aktuellen Auseinandersetzungen und Geschichtsdeutungen dominieren aber sowohl im Vorwort als auch – ganz besonders – im Wiederabdruck des Textes von 1975 mit seiner rund 130 Seiten langen Einleitung und seinem ebenso umfangreichen Dokumententeil andere Themen. Nach der Jahrhundertwende kam August Bebel in Zürich mit dem Schweizer Unternehmer, Gründer und Direktor des Schweizer Landesmuseums Heinrich Angst in Kontakt, der gleichzeitig die Funktion eines ehrenamtlichen Generalkonsuls für Großbritannien innehatte. Beide verstanden sich hervorragend. Angst versorgte mit Wissen Bebels das britische Foreign Office mit Bebels Lageeinschätzungen; Bebel hoffte, über diesen inoffiziellen Weg Einfluss auf die britische Außenpolitik zu gewinnen. Bley charakterisiert Bebels Vorgehen als „exzentrisch“ und „naiv“, sieht aber – zu Recht – keinerlei Veranlassung, hinter Bebels Aktivitäten irgendeine Form von Landesverrat zu vermuten. Deutlich werden aber vor allem Bebels höchst widersprüchliche Haltungen und Einschätzungen.

¹ *Andreas Wirsching*, Schlafwandler und Selbstmitleid, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.7.2014, S. 13.

Während Bebel in zahlreichen Reden vor den Gefahren der Aufrüstung warnte, ermunterte er die britische Regierung, an ihrer Flotten(auf)rüstung festzuhalten, denn nur so könne dem deutschen Rüstungswahn entschieden begegnet werden. Bebel, der die Organisationsmacht der deutschen Sozialdemokratie als beispielgebend für die europäischen Arbeiterbewegungen ansah (und deren organisatorische Schwächen im Vergleich zu Deutschland immer wieder hämisch kritisierte), betonte in seinen Kommentaren, die England erreichten, immer wieder die Schwäche der Sozialdemokratie, die dem deutschen Militarismus und einer möglichen Mobilmachung nichts entgegenzusetzen habe. Hintergrund dieser zwiespältigen Haltung war nach Bleys Meinung Bebels tief verankerter Hass gegenüber dem deutschen, besonders preußischen Militarismus. Großbritannien dürfe diesen Faktor in seiner eigenen Planung und in seiner Rezeption der deutschen Außenpolitik auf keinen Fall unterschätzen. Deshalb wurde Bebel nicht müde, diese Gefahr in den verschiedensten Varianten seinem Gesprächspartner Heinrich Angst – und damit dem Foreign Office – immer wieder mitzuteilen und vor einer „direkte[n] deutsche[n] Angriffsabsicht gegen England“ (S. 72) zu warnen. Für Bebel war klar: „die Gefahr für den europäischen Frieden (ging) von Deutschland aus“ (S. 81).

Bleys Darstellung verdeutlicht, dass August Bebel keinem ausgefeilten Konzept von Außenpolitik folgte. Vieles war eklektizistisch, geprägt vom Ideal der Freiheits- und Bürgerrechte einerseits, etwa wenn er in der Marokkokrise auf das Selbstbestimmungsrecht der nordafrikanischen Völker verwies. Andererseits konnte er zutiefst „sozialimperialistisch“ argumentieren: „Afrika und die Südsee nützen uns gar nichts, denn nie werden wir dort Ansiedlungen in größerem Stil bewerkstelligen und Kinder der weißen Rasse hochbringen können. Ich bleibe dabei, im Osten und im nahen Orient liegt unser Ausdehnungsgebiet“ (S. 109).

Seine Partei sah er im Militär- und Unterdrückungsstaat ständig bedroht; deshalb lehnte er das in der sozialistischen „Internationale“ geforderte Mittel des politischen Massenstreiks ab, falls ein Krieg drohe. Die Organisation, seine Partei, sah er dann der völligen Zerschlagung ausgesetzt. Bebel blieb so – wie Bley betont – in seinen Analysen vielen Klischees verhaftet, besonders wenn er vor den Gefahren aus Russland warnte. Aber diese Klischees waren virulent quer durch Europa, zum Beispiel im Deutschlandbild des britischen Außenministeriums wie Bley ebenfalls herausarbeitet. Als die deutsche Reichsregierung und Militärs den deutschen Bündnispartner Österreich-Ungarn zum raschen Losschlagen gegen Serbien ermutigten, trugen „sie tatsächlich die Hauptverantwortung für die Auslösung“² des Weltkriegs. Die Klischees und Stereotype, der europaweit übersteigerte Nationalismus trugen das ihre dazu bei, diese Mechanismen zu beschleunigen. Bebels Hoffnung auf „Friedenssicherung innerhalb des bestehenden europäischen Großmachtssystems“ hatte sich zerschlagen. Gestorben knapp ein Jahr vor Kriegsausbruch, musste er diese europäische „Urkatastrophe“ nicht mehr erleben.

Jürgen Schmidt, Berlin

Zitierempfehlung:

Jürgen Schmidt: Rezension von: Helmut Bley, *Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente*, 2. erw. Auflage, Offizin Verlag, Hannover 2014, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81745>> [22.6.2016].

² Volker Ullrich, Zündschnur und Pulverfass, in: *Die ZEIT*, 12.9.2013, S. 53.